

Internationale Nachhaltigkeitsagenden und ihre Bedeutung vor Ort:

Globale Ziele nur mit Kommunen erreichbar

Mit der im September 2015 verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem im Dezember 2015 vereinbarten Pariser Klimaschutzabkommen hat das Engagement der Kommunen in der Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik an Bedeutung gewonnen. Denn die internationalen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele sind ohne die aktive Mitwirkung der Kommunen nicht zu erreichen. Dies zeigte auch die Habitat III-Konferenz im Oktober 2016 in Quito und die 23. Weltklimakonferenz im November 2017 in Bonn.

Ein Beitrag von
Sabine Drees

Es kursieren viele Begriffsdefinitionen zum Thema Nachhaltigkeit. Eine geläufige Definition besagt, dass nachhaltige Entwicklung gewährt, dass künftige Generationen nicht schlechter gestellt werden dürfen als gegenwärtig lebende Generationen. Eine Nachhaltigkeit, die die Zukunft im Blick hat, ist automatisch auf den Schutz von Ressourcen ausgerichtet, insbesondere wenn sie nicht erneuerbar sind. Dies ist auch ein Kernanliegen der [Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung](#), die im September 2015 von den Vereinten Nationen (UN) verabschiedet wurde. Die Umsetzung der Agenda 2030 in Verbindung mit dem ebenfalls 2015 geschlossenen [Pariser Klimaabkommen](#) bietet die große Chance, den Wandel hin zu nachhaltigen und emissionsarmen Lebens- und Wirtschaftsweisen weltweit zu schaffen – unser Verhalten also „enkeltauglich“ zu machen. Dabei fordert die Agenda 2030 ausdrücklich, die Schwächsten und Verwundbarsten in den Mittelpunkt zu stellen und niemanden zurückzulassen („leave no one behind“).

Weltweit stehen Kommunen in aller Welt beim Kampf gegen die Armut sowie bei globalen Umweltherausforderungen an vorderster Front. Insbesondere die Metropolen werden wachsen und damit auch die Probleme. Die Zahl der Mega-Cities mit mehr als zehn Millionen Einwohnerinnen



und Einwohnern wird weltweit von heute 28 auf 40 Städte im Jahr 2030 ansteigen. Was bedeutet das für die Bewohnerinnen und Bewohner? In welchem Maße wird der Anteil der städtischen Armen steigen? Wie gehen wir in Städten zukünftig mit Problemen wie Feinstaubbelastung, anfallenden Müllbergen oder Ressourcenknappheit um? Wie lassen sich kommunale Dienstleistungen und Wohnraum für Alle zukunftsfähig gestalten?

Aber auch in kleinen Gemeinden und ländlichen Gebieten spielt die Zukunftsbeständigkeit eine wichtige Rolle: Arbeitslosigkeit, Überalterung und Migration und nicht zuletzt auch der Verlust der lokalen Eigenständigkeit durch Gemeindegemeinschaften betreffen die nachhaltige Entwicklung von

Viele der in der Agenda 2030 formulierten 17 globalen Nachhaltigkeitsziele sind auch für die Kommunen relevant

Zur Autorin:

Sabine Drees ist Referentin für Auslandsangelegenheiten beim Deutschen Städtetag (DST).



Foto: Jo Hempel Photography

Auf regelmäßig stattfindenden Vernetzungstreffen tauschen Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, die die Musterresolution „2030 – Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet haben, ihre Erfahrungen bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele aus

kleinen Städten, Gemeinden, Dörfern oder Siedlungen. Ein Nachhaltigkeitsmanagement trägt dazu bei, Gegenwart und Zukunft zu verbinden.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Herzstück der Agenda 2030 bilden die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, die sogenannten 17 Sustainable Development Goals (SDG). Aus kommunaler Perspektive sind neben dem Ziel „Städte und Siedlungen inklusiv sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ (Ziel 11) insbesondere die Ziele „Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern“ (Ziel 7), „Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“ (Ziel 9) und „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“ (Ziel 13) relevant. In Kommunen aus Entwicklungsländern stellt das Ziel „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“ (Ziel 6) eine große Herausforderung dar. So haben etwa zehn Prozent der Menschen weltweit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Und etwa 32 Prozent der Weltbevölkerung haben keine angemessene sanitäre Basisversorgung.

Die Agenda 2030 stellt auch einen Handlungsrahmen für deutsche Kommunen dar. Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und der Deutsche Städtetag unterstützen gemeinsam die UN-Entwicklungsziele und schlagen ihren Mitgliedern vor, sich für ausgewählte Ziele der Agenda 2030 auf lokaler Ebene zu engagieren. Die Musterresolution [„2030 – Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“](#) wurde inzwischen von 65 Städten, Landkreisen und Gemeinden unterzeichnet.

Damit haben sie ihre Bereitschaft signalisiert, kommunale Strategien für ein Nachhaltigkeitsmanagement zu verfolgen, globale Partnerschaften zu vertiefen, sich an Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen Folgen des Klimawandels zu beteiligen oder einen besseren Zugang zu bezahlbarer nachhaltiger Energie zu schaffen – um nur einige Beispiele zu nennen.

SDG-Indikatoren für Kommunen

Aber wie lassen sich Nachhaltigkeitserfolge messen oder überprüfen? Allgemein dienen Indikatoren dazu, einen Zustand oder eine Entwicklung „anzuzeigen“. Die Agenda 2030 umfasst 17 globale Nachhaltigkeitsziele und 169 Unterziele. Zur Messung der weltweiten Zielerreichung wurde ein Indikatoren-Set von rund 230 Indikatoren entwickelt. Aber sind diese weltweiten Indikatoren auch für deutsche Kommunen relevant? Nur zum Teil: Erstens bilden weltweite Indikatoren auch Ziele oder Entwicklungen ab, die in Deutschland nicht relevant sind. So ist der „Zugang zu Trinkwasser“ (Ziel 6) hierzulande gewährleistet. In deutschen Kommunen gibt es benachteiligte Stadtteile, aber keine Slums (Ziel 11.1). Außerdem sind die weltweiten Indikatoren ohne Beteiligung deutscher Kommunen entwickelt worden und natürlich ohne Berücksichtigung der lokalen Diversität in Deutschland.

Diese Überlegungen waren für den Deutschen Städtetag (DST) Anfang 2017 der Auslöser, das Vorhaben [„SDG-Indikatoren für Kommunen“](#) vorzuschlagen. Daraus ergab sich ein gemeinsames Kooperationsprojekt des DST und seiner Schwesterverbände Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu),

der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und der Bertelsmann Stiftung (BSt). Gemeinsames Anliegen war es, die Ziele und Indikatoren der Agenda 2030 auf deutsche Verhältnisse zu übertragen und die Ergebnisse international sichtbar zu machen.

Es wurde untersucht, welche der 169 Unterziele für deutsche Kommunen relevant sind und ob diese die Erreichung der Ziele beeinflussen können – ob Kommunen also die erforderliche Zuständigkeit haben. Weil die 169 Unterziele mehrere Teilaussagen beinhalten, erhöhte sich die Zahl der zu überprüfenden Ziele auf 220. Davon haben 126 Unterziele und Teilziele den Relevanz- und Aufgabencheck „bestanden“. Diese Ziele wurden – wenn möglich – mit Indikatoren hinterlegt, wobei vorhandene Indikatoren-Kataloge der UN, der Europäischen Union, des europäischen RGRE-Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) und der Bundesregierung von Bundesländern und Kommunen gesichtet wurden. Insgesamt 636 Indikatoren wurden so hinsichtlich ihrer Validität, Datenqualität und -verfügbarkeit sowie Funktion untersucht.

Am Ende des Prozesses werden hieraus rund 50 Indikatoren unter Beteiligung kommunaler Praktikerinnen und Praktiker ausgewählt und – nach politischer Willensbildung – voraussichtlich im Frühjahr 2018 präsentiert. Grundsätzlich werden im Rahmen des Vorhabens vorhandene Indikatoren-Definitionen aus bestehenden und bereits erprobten Indikatoren-Systemen herangezogen. Nur in Ausnahmefällen, also wenn bei relevanten Unterzielen keine geeigneten Indikatoren-Definitionen vorliegen, werden neue Indikatoren vorgeschlagen. In jedem Fall wird der Katalog an SDG-Indikatoren Empfehlungscharakter haben: Die einzelnen Kommunen entscheiden auf freiwilliger Basis, ob und welche Indikatoren sie zur Abbildung oder Steuerung der nachhaltigen Entwicklung vor Ort verwenden möchten. Vorgeschlagen wird eine Art Baukastensystem, das sowohl Änderungen als auch Ergänzungen der vorgeschlagenen Indikatoren ermöglicht.

Die Neue Urbane Agenda von Quito

Die Entwicklungsziele der Agenda 2030 werden auch im Rahmen weiterer internationaler UN-Agenden vertieft. Eine bedeutende Durchführungskonferenz für den Bereich Stadtentwicklung und Umsetzung des Stadtziels 11 war die dritte Konferenz des UN-Programms für menschliche Siedlungen



(Habitat III) im Oktober 2016 in Quito in Ecuador. Dabei wurde die sogenannte **Neue Urbane Agenda (NUA)** verabschiedet. Die NUA und der sie begleitende „Quito Implementation Plan“, die weltweit Maßstäbe für die Erreichung nachhaltiger Stadtentwicklung setzen sollen, sind zwar völkerrechtlich nicht bindend, stellen aber einen politischen und inhaltlichen Handlungsrahmen für die UN-Mitgliedstaaten sowie für kommunale Akteure dar.

Erstmals wurden Städte als Akteure bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 anerkannt und die Folgen der Urbanisierung wurden auf die politische Agenda gesetzt. Die finanzielle und rechtliche Stärkung der Städte konnten – auch durch die umfassende Mitarbeit des DST – als wichtigste deutsche Verhandlungsziele in der NUA verankert werden. Die Rolle, die die Bundesregierung bei der Entwicklung der zentralen Botschaften der Agenda gespielt hat, war vergleichsweise stark. Sie hat sich zudem ausgesprochen kommunalfreundlich positioniert. Auch der kommunale Weltverband „United Cities and Local Governments“ (UCLG) hat hilfreich interveniert, so dass im Ergebnis der Weltkonferenz eine maßgebliche Stärkung der kommunalen Position für nachhaltige Stadtentwicklung und Siedlungswesen erreicht werden konnte.

Die NUA beinhaltet neben vielen pauschal beschriebenen Visionen oder bereits etablierten Standards im Globalen Norden auch zahlreiche für deutsche Städte innovative Ideen und Ansätze wie etwa das Ziel eines „Zugangs zu Wohnraum für Alle“ oder die Diskussion um die Nutzbarmachung von planungsbedingten Bodenwertsteigerungen für die Allgemeinheit. Ein relevanter Innovationswert ergibt sich auch durch den mobilitätspolitischen Paradigmenwechsel: So war es Konsens, dass das Zeitalter des fossilbetriebenen

Mit der Verabschiedung der sogenannten Neuen Urbanen Agenda einigte sich die Staatengemeinschaft bei der Habitat III-Konferenz in Quito auf eine gemeinsame politische Richtschnur für die Stadtentwicklung der nächsten Jahrzehnte

Individualverkehrs in den Städten seinem Ende zuläuft und es dringend alternierender Konzepte für den Umweltverbund und einer flächen- und ressourcenschonenden Intermodalität bedarf.

Über die Implementierung von Nachhaltigkeits-, Klima- und Urbanisierungszielen hinaus sind Kommunen auch in der Verantwortung, sich international im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren. Rund 650 deutsche Kommunen kooperieren bereits mit Partnern im Globalen Süden. Finanzierungsinstrumente und Beratungsangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) oder die internationale Städteplattform „Connective Cities“ schaffen hierfür die erforderlichen Rahmenbedingungen.

Das nächste World Urban Forum

Die Ergebnisse von Habitat III und die Empfehlungen der NUA werden im Rahmen der alle zwei Jahre stattfindenden World Urban Foren (WUF) behandelt. Das [9. World Urban Forum](#) vom 7. bis 13. Februar 2018 in Kuala Lumpur in Malaysia wird die erste Sitzung sein, die sich auf die Umsetzung der in Quito verabschiedeten NUA konzentriert. Auch der DST führt unter Beteiligung der Städte Bonn und Mannheim, des Bundesumweltministeriums und des BBSR sowie internationaler Expertinnen und Experten eine Veranstaltung zur Umsetzung der NUA durch. Im deutschen Pavillion soll darüber diskutiert werden, welche innovativen Elemente der NUA für Stadtentwicklung und Stadtplanung in Deutschland von Bedeutung sein können. Weitere Fragen sind: Welche internationale Verantwortung zur Umsetzung der Neuen Urban Agenda sollten deutsche Städte übernehmen? Wie können sie dabei die nationale Stadtentwicklungspolitik in Verbindung mit den Urbanisierungspartnerschaften der Bundesregierung unterstützen? Wie kann mit Hilfe von Nachhaltigkeitsindikatoren die Implementierung der NUA in Verbindung mit den globalen Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 und den UN-Klimazielen auf lokaler Ebene überprüft werden?

Der 23. Weltklimagipfel in Bonn

Entwicklungspolitik ist auch Klimapolitik. Vom 6. bis 17. November 2017 fand in Bonn die [23. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen \(COP 23\)](#) mit dem Ziel statt,

die klimapolitischen Ziele der Agenda 2030 umzusetzen. Unter der Präsidentschaft der Fidschi-Inseln – die Bundesstadt Bonn fungierte als technischer Gastgeber – trafen sich Verhandlungsgruppen aus 195 Staaten, um an der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 zu arbeiten. In diesem Abkommen haben sich alle Staaten der Erde erstens dazu verpflichtet, den Anstieg der Erdtemperatur auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen und sich anzustrengen, auch die 1,5 Grad-Grenze nicht zu überschreiten. Zweitens wollen sie die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit gegenüber den unvermeidbaren Folgen des Klimawandels stärken. Drittens sollen die Finanzflüsse der Weltwirtschaft in Richtung einer klimafreundlichen Wirtschafts- und Lebensweise umgelenkt werden. Dabei setzt jedes Land seine Klimaziele und Aktionspläne – die sogenannten Nationally Determined Contributions (NDC) selbst fest. Weiter geht es darum, welche Informationen die Staaten wann und wo einreichen müssen. Dieses Regelwerk soll im Rahmen der nächsten Weltklimakonferenz Ende 2018 in Katowice in Polen verabschiedet werden.

Infos

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen:

<http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf>

Pariser Klimaabkommen:

http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf

Musterresolution „2030 – Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“:

<http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/kez/2030AgendaErklaerung.pdf>

Informationen der Bertelsmann Stiftung zum Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“:

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/SDG-Indikatoren_fuer_Kommunen_Kurzbeschreibung.pdf

Neue Urbane Agenda:

<http://habitat3.org/wp-content/uploads/NUA-German.pdf>

World Urban Forum 2018 (Englisch):

<http://wuf9.org/>

23. Weltklimakonferenz in Bonn (Englisch):

<https://cop23.unfccc.int/>

Klimagipfel der Städte und Regionen (Englisch):

<http://www.cities-and-regions.org/summit/>

Bonn-Fiji-Commitment (Englisch):

<http://www.cities-and-regions.org/cop23/wp-content/uploads/2017/11/bonn-fiji-commitment-of-local-and-regional-leaders.pdf>

Der Klimagipfel der Städte und Regionen

Allerdings: Nationale Beiträge zur Bewältigung der negativen Folgen des Klimawandels reichen nicht aus. Ziel des [Klimagipfels der Städte und Regionen](#) am 12. November 2017 war es, die bedeutende Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Erreichung der Klimaziele herauszustellen. Städte haben eine besondere Rolle insbesondere bei der Dekarbonisierung des Energiesektors und der Sektoren Gebäude und Verkehr.

Beim Klimagipfel der Städte und Regionen haben insbesondere zahlreiche amerikanische Delegierte ein klares Signal gesendet, das am Pariser Abkommen nicht gerüttelt werden darf. Der Gouverneur von Kalifornien, Jerry Edmund Brown, forderte, dass das Zwei-Grad-Ziel eingehalten werden muss. „Wir kümmern uns auch ohne unsere Regierung darum, die Regierung macht in Bezug auf den Klimawandel zurzeit Urlaub“, so Brown, der von 1975 bis 1983 Gouverneur von Kalifornien war und dieses Amt seit Januar 2011 erneut bekleidet. „Brown ist ein Terminator. Er kommt immer zurück“, sagte Arnold Schwarzenegger, der Nachfolger als auch Vorgänger von Jerry Brown war.

„Ohne die Städte kann der Kampf gegen den Klimawandel nicht gewonnen werden, aber die Städte können den Kampf auch nicht alleine gewinnen“, sagte Hans-Joachim Fuchtel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Und Oberbürgermeister Dieter Salomon aus Freiburg forderte, dass grundsätzlich kommunale Vertreterinnen und Vertreter in nationale Verhandlungsdelegationen aufgenommen werden müssen, um mitbestimmen zu können, wie sich Deutschland klimapolitisch aufstellt. Schließlich betreffe ein Großteil der erforderlichen Maßnahmen die Kommunen.

Viele nationale Regierungen wie Südafrika, Spanien oder Brasilien beteiligen bereits die kommunale Ebene, nicht aber Deutschland. Diese Forderung – auch der kommunalen Spitzenverbände – betrifft auch die anderen Weltagenden der UN: die Agenda 2030 und auch die Habitat-Konferenzen. Oberbürgermeister Salomon würdigte, dass der Gipfel der Städte und Regionen erstmals auf Einladung des UN-Klimasekretariats am Veranstaltungsort der COP 23 stattfand und nicht wie sonst üblich außerhalb als Side-Event organisiert wurde. In dem gemeinsam verabschiedeten [Bonn-Fiji-Commitment](#) bekannten sich über 1.000 kommunale und regionale Führungskräfte aus 86 Ländern, die insgesamt 804 Millionen Menschen repräsentieren, dazu, die Ziele des Pariser Abkommens in den jeweiligen Rechtsordnungen umzusetzen. Wenn diese Selbstverpflichtungen gänzlich erfüllt werden, führen sie zu einer Verringerung von 5,6 Gigatonnen Kohlendioxid-Äquivalent (GtCO_{2e}) bis 2020 und 26,8 GtCO_{2e} bis 2050. Dies würde dem Stand der Kohlendioxid-Emissionen von 1990 entsprechen. ■



Foto: Sabine Drees

Freiburgs Oberbürgermeister Dieter Salomon forderte eine stärkere Beteiligung der Kommunen bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen

Maimunah Mohd Sharif neue Exekutivdirektorin

Maimunah Mohd Sharif ist von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur neuen Exekutivdirektorin des UN-Programms für menschliche Siedlungen (UN-Habitat) gewählt worden. Die bisherige Bürgermeisterin von Penang Island in Malaysia folgt auf den Spanier Joan Clos, der die UN-Behörde von Oktober 2010 bis Dezember 2017 geführt hat. In diesem Zeitraum habe sich UN-Habitat weltweit für die Nachhaltigkeit der Städte sowie für wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingesetzt, heißt es in einer Mitteilung von UN-Habitat zur Ernennung von Sharif.

Sharif begann ihre Karriere 1985 als Stadtplanerin von Penang Island und wurde 2003 zur Direktorin für Planung und Entwicklung befördert. 2011 wurde sie dann als erste Frau zur Präsidentin des Gemeinderats von Seberang Perai ernannt. Mitte 2017 wurde sie schließlich zur Bürgermeisterin von Penang Island gewählt. Seit 2015 gehörte Sharif zudem dem Exekutivkomitee



Foto: UN Habitat

Maimunah Mohd Sharif ist neue Exekutivdirektorin des UN-Programms für menschliche Siedlungen (UN-Habitat)

des weltweiten Städtenetzwerkes für Nachhaltigkeit ICLEI – Local Governments for Sustainability an.

Mitteilung von UN-Habitat:

<https://unhabitat.org/ms-maimunah-mohd-sharif-of-malaysia-elected-new-executive-director-of-un-habitat/>